

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 30. Nov. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Bürgermeister, Geheimen und Ober-Regierungs-Rath Elwanger zu Breslau, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Stadtrath und Syndikus Anders und dem Stadt-Baurath von Rour daselbst den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Herzoglich anhalt-bernburgischen Justizrat a. D. Schiele zu Bernburg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Stadtrath Becker zu Breslau und dem Gräflich von der Asseburgischen Rentamtman Wieser zu Meisdorf, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Zimmerpolier von Amelen zu Köln und dem bisherigen Gerichts-Schulzen Wahner zu Kratzwitz im Kreise Neisse, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner dem Minister des Königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medschidje-Ordens erster Klasse zu ertheilen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Karl von Preußen, und Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen sind, von Blankenburg kommend, hier wieder eingetroffen.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 2. Garde-Kavallerie-Brigade, von Griesheim, von Fallenburg in Pommern.

Nr. 285 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Justiz-Ministeriums ein Erkenntniß des Königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 8. Dezember 1860, daß gegen rechtsträchtige Entscheidungen der Gerichtsbehörden die Erhebung des Kompetenz-Konflikts nicht stattfindet.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Breslau, Freitag 29. Nov. Der „Schlesischen Zeitung“ wird aus Warschau gemeldet: Die Bestürzung über Wielopolski's Dimission ist groß und allgemein. Das Dimissionsschreiben lautet: Von allen Ämtern bis auf weiteren Befehl entthoben.

Kassel, Freitag 29. Nov. Unter Rechtsverwahrung für die Verfassung vom Jahre 1831 und für das Wahlgesetz von 1849 sind die bisherigen Abgeordneten Hartwig und Nebelthau heute einstimmig wiedergewählt worden.

(Eingeg. 30. November, 9 Uhr Vormittag.)

Posen, 30. November.

Wie werden die Wahlen aussfallen? so fragt sich Feder, und die Erwartung steigt, je näher die Entscheidung rückt. Die Deutschen sind nach langem Zögern endlich aufgewacht und scheinen entschlossen zu einemthigem Handeln. Zwar fehlt noch viel zu einer kräftigen, einheitlichen Organisation; der rechte Mittelpunkt für die politische und nationale Tätigkeit mangelt und die Zahl der Männer ist gering, die mit voller Hingabe an das Vaterland die Eigenheiten des Geistes und Charakters verbinden, welche zur politischen Führerschaft nötig sind. Der Versuch, die Vertreter der deutschen Interessen der Provinz von außerhalb zu nehmen, hat sich auch nicht bewährt. Jetzt haben wir einen Anfang zur Besserung bei uns selbst gemacht. Man kann der Hoffnung sich hingeben, daß die Deutschen an der Warthe und Prosa endlich dahin kommen werden, auf dem Boden, den seit Jahrhunderten ihre Vorfahren durch Arbeit und Schweiß sich errangen und mit dem Schwerte vertheidigt und wieder erlangt haben, diejenige Stellung einzunehmen, auf die sie gerechten Anspruch haben. Ungeachtet der Gefahr politischer und moralischer Verirrung, welche die Mischung der Bevölkerung für schwache Gemüther herbeiführt, knüpft sich an die heranwachsende Generation die frohe Erwartung, daß jener preußische Geist des Fortschritts und der Arbeit, der Freiheit und der Zucht, wie des kühnen Selbstvertrauens, der unser Vaterland groß gemacht und den deutschen Namen wieder zu Ehren gebracht hat, auch bei uns immer tiefere Wurzeln schlagen, Blüthen und Früchte tragen werde. Die Erkenntniß bricht sich allmälig Bahn, daß nur dann die Wohlfahrt dieser Provinz gesichert, Recht und Gesetz geschützt, der innere Friede bestätigt sein werde, wenn dem unruhigen und unzufriedenen Elemente im polnischen Adel, den Verirrungen fanatischer Priester, den Gelüsten hablüstiger Parteigänger ein starkes Gegen gewicht gegeben wird. Ein solches bieten aber an sich weder Militär noch Festungen, die zunächst nur gegen den äußeren Feind schützen. Es liegt vielmehr einzig und allein in einer kräftigen, wohlorganisierten, patriotischen, ihrer Aufgabe bewußten deutschen Bevölkerung. In den Kreisen, wo das Gleichgewicht zwischen Deutschen und Polen besteht, da herrscht nur noch der friedliche Wettkampf der Arbeit und die Bewohner leben in Eintracht neben einander, wo diese nicht durch Einflüsse von Außen gestört wird. Es ist daher Aufgabe einer vorzüglichen Regierung, wie Pflicht jedes wahren Vaterlandsfreundes und dringendstes Gebot der Notwehr, zur Herstellung und Befestigung dieses Gleichgewichts kräftig Hand anzulegen. Lange genug haben die Deutschen den Weg der Verjährung betreten und noch immer würden sie bereit sein, ihren Mitbewohnern die Hand zum Frieden zu bieten. Aber seitdem diese, fremden und feindlichen Anreizungen folgend, sich der Führung von Männern hingeben, welche offen den Bruch mit Preußen und der Verfassung proklamiren, und durch die Absicht, mit allen Mitteln die Wahl Deutscher hintertrieben zu wollen, der gesammten deutschen Bevölkerung den Schuh hinwerfen: was bleibt dieser übrig, als sich auch zusammenzuhun zur Wahrung ihrer Rechte und ihres Besitzes? Wie heute die Sachen stehen, dürfen wir nicht hoffen, durch Nachgiebigkeit gegen unsere Gegner aus dem unerquicklichen Zustande politischer Ungewißheit und nationaler Bänkereien herauszukommen; sondern nur dadurch, daß wir unsere eigenen nationalen und patriotischen Pflichten erfüllen und das Notwendige energisch durchführen. Die wahre Humanität behält sich nicht durch Beschönigung des Unrechts, auch wenn es in glatte Worte sich hält oder unser Mitleid beansprucht. Nur durch entschiedenes Handeln, durch enges Aneinander-

schließen aller, die treu und ehrlich an Preußen festhalten, nicht aber durch Kompromisse mit dem Gegner, der sich außerhalb des Staats und der Verfassung stellt und uns die Gleichberechtigung versagt, werden wir dieser Provinz, uns selbst und unseren Kindern eine bessere Zukunft bereiten. Es liegt nur an uns, dies Ziel zu erreichen, daß auch unsere polnischen Mitbürger, mit Ausnahme einer geringen Zahl unverbesserlicher Köpfe, ersehnen. Sie werden bei ruhiger Erwägung die Motive würdigen, und alle, die das Wohl dieses Landes aufrichtig wünschen, werden ihnen im Grunde ihres Herzens zustimmen. Wenn sie auch heute es nicht öffentlich aussprechen, so werden sie einst uns doch danken, indem wir, für gesetzliche Ordnung und Befestigung unseres Besitzes kämpfend, auch sie von der Zudringlichkeit, Annahlichkeit und Begehrlichkeit jener Leute befreien, die mit dem Namen, Vaterland, Nation und Kirche hier ein freventliches Spiel treiben und dadurch zu einer wahren Landplage geworden sind.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 29. Novbr. [Berliner Kandidaturen für das Abgeordnetenhaus; die französische Entwaffnung; der Handelsvertrag mit Frankreich; Antwort an Dänemark.] Der bisherige Verlauf der hiesigen Wahlmännerversammlungen dient keineswegs zur Unterstützung der Hoffnung, daß die Fortschrittspartei schließlich sich für gemäßigte Kandidaturen entscheiden werde. Nach den hier aufgestellten Kandidaten und nach dem Empfange, welcher denselben bereitet wird, je nachdem sie aus den Reihen der Altliberalen hervorgehen, oder eine stark demokratische Färbung an sich tragen, läßt sich nicht länger in Abrede stellen, daß der Bruch zwischen den ministeriellen Liberalen und der Fortschrittspartei definitiv vollzogen ist. Zwar behaupten alle Kandidaten der leitgenannten Partei, daß sie dem Ministerium keine systematische Opposition machen wollen; aber in Betracht des Militärbudgets, welches die Minister bekanntlich zur Kabinettfrage gemacht haben, stellen sie sich sämmtlich negativ zu den Forderungen der Regierung. Dagegen haben alle Kandidaten, welche die Regierungsanträge für die Heeresreform zu unterstützen geneigt sind, mit den Antipathien der Mehrheit in den Wahlmännerversammlungen zu kämpfen. Schon jetzt ist ersichtlich, daß die liberalen Abgeordneten früherer Wahlen dieses Mal unterlegen werden. Für Kuhne, Niedel und Weit ist fast keine Aussicht vorhanden; selbst Kandidaturen, welche, wie die Grabows und Dunkers, den gemäßigten Schattirungen der Demokratie angehören, erhalten nur schwache Unterstützung. Doch durfte Grabow, der persönlich von Seiten aller Fraktionen der größten Achtung genießt, schließlich noch die Stimmenmehrheit erhalten. Zu den im Vorraus des Steges gewissen Kandidaten rechnet man Waldeck, Schulz-Delitsch, Dieserweg und Birchow. — Pariser Nachrichten bestätigen, daß die Idee der Entwaffnung, welche zur Beschäftigung der Geister eine Woche hindurch von offiziöser Seite angepreist wurde, schon wieder zu den Alten gelegt ist, angeblich, weil Frankreich auf Seiten Englands keine Bereitwilligkeit zur Nachfolge fand. Gerade die Beziehungen zwischen Frankreich und England sollen in jüngster Zeit so wenig freundlich geworden sein, daß Napoleon eher an eine Verstärkung, als eine Verminderung seiner Seemacht denkt. — Der Stand der Unterhandlungen über den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich wird jetzt von allen Seiten als ein aussichtsloser bezeichnet. Einige Stimmen wollen sogar schon von dem Abbruch derselben Kenntniß haben (s. Paris). Ich weiß nur so viel, daß noch am 26. d. M. eine Konferenz zwischen den Bevollmächtigten stattgefunden hat. — Wie verlautet, hat Graf Bernstorff um die Mitte dieses Monats eine Rückäußerung auf die dänischen Gründungen vom 26. Oktober erlassen. Daß dieselbe die dänischen Auerbietungen keineswegs als bestiedigend anerkennt, steht außer allem Zweifel.

(Berlin, 29. Nov. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Gestern Nachmittags 2 Uhr machten der König und der Kronprinz dem Geh. Regierungsrath Bork, der an diesem Tage 70 Jahr alt wurde, einen Besuch. Leider ist dieser langjährige treue Diener des Königs schon seit längerer Zeit schwer erkrankt und hat gerade in den letzten Tagen die Schwäche des Patienten dermaßen zugenommen, daß man seine baldige Auflösung befürchtet. Anfangs dieser Woche gab die Königin ihrem Leibarzt Dr. Welten den Auftrag, den Zustand des Kranken genau zu untersuchen. Sein Bericht soll darin gelautet haben, daß das Ableben desselben schon in wenigen Wochen erfolgen dürfe. Der König, die Königin und der Kronprinz widmeten dem Kranken, der ihr ganzes Vertrauen besitzt, die innigste Theilnahme. Die einzige Tochter des Geheimrathes Bork, Gattin des Barons v. Wolff, der an der russischen Grenze ein Gut besitzt, ist bereits seit einigen Wochen hier anwesend. — Heute Vormittag nahm der König die Vorträge des interimistischen Polizeipräsidienten v. Winter, des Generaladjutanten v. Manteuffel, des Hausministers v. Schleinitz, des Generalintendanten v. Hülsen rc. entgegen, empfing darauf einige höhere Militärs und andere hochgestellte Personen und konzilierte Mittags mit den Ministern von Auerswald und Graf Schwerin, im Beisein des Kronprinzen. Zum Diner hatten die Minister v. Auerswald, Graf Bernstorff, v. Schleinitz rc. Einladungen erhalten. — Die Prinzen Karl, Friedrich Karl und Albrecht nahmen heute an der Parforcejagd bei Kohlhausenbrück Theil. Der Prinz Alexander ist nach einem längeren Aufenthalte in der Schweiz heute wieder hierher zurückgekehrt. Der Prinz Anton Radziwill, welcher einige Wochen auf den in Russland gelegenen fürstlichen Gütern verweilte, ist heute von dort hierher zurückgekehrt. — Die Bevollmächtigten für den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich waren heute Nachmittag 2 Uhr im

**Inserate**  
(1½ Sgr. für die fünfgeschwerte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

laßt Ferri am Kanal Grande sei schon für den ganzen Winter auf Rechnung des Königs gemietet. — In Budapest ist die Errichtung einer praktischen Marine-Artillerieschule angeordnet und derselben die „Bellona“, eine Fregatte ersten Ranges mit 40 Geschützen als Schulschiff angewiesen. Auch sollen in nächster Zeit mehrere Marineoffiziere nach England detachirt werden, um die dortigen Einrichtungen zu studiren.

[Über die Stimmung in Kroatien, Siebenbürgen und Ungarn] schreibt die „Ostdeutsche Post“: Eine Reihe von Symptomen deutet darauf hin, daß jenseits der Leitha in den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern eine ruhigere Stimmung Platz zu greifen beginnt. Am meisten gespannt mußte man auf die Haltung Kroatiens sein. Die Wirkungen, welche das k. Reskript dort hervorrief, mußten sich zunächst in der Stellung ausprägen, welche die Komitatsausschüsse und Stadtrepräsentanzen der Rekrutenaushebung gegenüber annehmen würden, und ihr Benehmen in dieser hochwichtigen Frage mußte wiederum maßgebend dafür sein, ob das „dreieinige Königreich“ im unbefriedeten Genüsse der ihm durch das Diplom zurückgegebenen Municipalität freiheit belassen werden könne, oder ob die Regierung gezwungen werden sollte, auch an der Drau, Save und Kulpa die Zügel wieder in der eigenen Hand fest zusammenzuraffen, um nicht das Gemeinwesen der Gefahr eines Schiffbruches auszusetzen. „Sürgöny“ hat nun freilich bei Gelegenheit eines Artikels über die Erhebung Muzarancs zum Hofkanzler den Kroaten zu verstehen gegeben, daß sie durch ihre Losreisung von Ungarn ihr Heil für alle Zukunft verscherzt haben und daß es ihnen in ihrer Isolierung nach Auflösung des Landtages noch weniger als Ungarn möglich sein werde, ihre municipale Autonomie zu wahren. Die Kroaten scheinen jedoch die Sache anders aufzufassen und in dem Anschluß an eine Monarchie von 35 Millionen Menschen keine „Vereinigung“ zu erblicken, so zwar, daß die Ereignisse der letzten Tage bereits die Hoffnung erwecken können, es werden dort die Münzprägen in ihrer reorganisierten Gestalt sich keineswegs als unvereinbar mit den Ansprüchen erweisen, welche der Staat an sie zu stellen geneigt ist. Schon hat die Stadtrepräsentanz von Agram „mit Rücksicht auf die Lage des Landes, sowie der Gesamtmonarchie“, wenn auch nur für diesen Fall und unter Vorbehalt des landtäglichen Rekrutenberwilligungsrechtes, ihre Beteiligung an der Aushebung für 1863 zugesagt, und auf der in Ufsova abgehaltenen Kongregation des Syrmier Komitats ist der abgesetzte Obergespan Pejacevic, Einer der Magyaromanen auf dem Landtage, mit dem seltsamen Proteste gegen seine Enthebung vom Amte durchgeflossen. Dieser Vorgang der Landeshauptstadt, sowie der ruhige Verlauf einer Kongregation, auf welche die Feinde des Gesamtstaates im Vorraus große Hoffnungen bauten, mag wohl bezüglich Kroatiens als ein gutes Vorzeichen betrachtet werden. In Siebenbürgen haben die Sachsen eine dem Februarpatente günstige Initiative mit Energie und Bestimmtheit ergriffen. Weniger Positives läßt sich über Ungarn sagen, aber so viel ist denn doch unverkennbar, daß, wenn die Regierung die Sache nur bei dem rechten Ende angreift, eine Verständigung mit den nichtmagyarischen Stämmen dort nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Wenn houte das seit dem Frühjahr in Osten erscheinende Organ der ungarischen Slaven, den Slaven-Destrichs das bekannte Wort zur Devise geben kann: „Falls Destrich zerstört wäre, müßten wir es abermals erschaffen“, so zeigt sich darin deutlich ein Umchwung der Stimmung. Der höchst bemerkenswerthe Artikel rezepituliert die „schreienden Ungerechtigkeiten“, welche die Slaven während des verflossenen Jahres von den Magyaren zu erleiden gehabt, um dann zu résümieren: „Die Frage für uns ist, sollen wir uns zu den Deutschen oder zu den Magyaren schlagen? Aber wo von zwei Wegen der eine so bitter verhaft geworden ist, was ist da übrig, als der andere?“ „Es wäre daher thöricht“, schließt der Aussang, „wenn wir unterhänige Diener des magyarischen Absolutismus zu sein fortführen, statt uns dahin zu wenden, wo die Bande der Blutsverwandtschaft uns mächtig hinziehen, statt jenem weiten Vaterlande die Hand zu bieten, in welchem unter 34 Millionen Einwohnern 18 Millionen Slaven leben.“ Allein in Pestburg, Bédonasti, wie in Bistritz, bei den Slováken Ungarns, wie bei den Sachsen Siebenbürgens ist das Ultimatum: „Eine ordentliche Verfaßung ist die conditio sine qua non, nur dem wahrhaft konstitutionellen Deftreich wollen wir die Hand reichen, zu Werkzeugen des Absolutismus, wie vor dreizehn Jahren, geben wir uns nicht hin.“

[Gewaltthätigkeit modenesischer Offiziere.] Ein von einem Italiener herrührender Privatbrief in der „Times“ aus Venetien vom 20. Oktober erzählt haarräubende Geschichten von Gewaltthätigkeiten, welche sich die in jener Provinz stehenden modenesischen Truppen erlauben. So berichtet er, wie am 17. Okt. in der Stadt Crepano (Provinz Treviso) ein gewisser Rossi, der in einem Kaffeehaus saß, wo das Musikkorps eines modenesischen Grenadier-Bataillons spielte und eine Anzahl Offiziere anwesend war, ohne ein Wort zu sagen aufstand und sich entfernt, weil es ihm in der Gesellschaft der Offiziere nicht gefiel, von einigen derselben, die ihn als einen Kämpfer von 1848 kannten, verfolgt und von einem mit den Worten: „Diesen Demonstrationen muß endlich ein Ende gemacht werden“, durch einen ihm über den Kopf versteckten Degenstiel halbtodt zu Boden gestreckt wurde. Dem hilflos daliegenden versteckten zwei andere Offiziere, darunter ein Marchese Maspina, hierauf noch Fußtritte und ließen erst davon ab, als der Verwundete ausrief: „Ihr wollt mich also ermorden, ihr feigen Memmen!“ Etwa 20 Offiziere, deren Namen der Briefsteller zum Theil nennt, sahen den Vorfall mit an, ohne auch nur mit einem Worte einzuschreiten. Man glaubte, daß Rossi seiner Wunde erliegen werde.

Agram, 26. Nov. [Beschlüsse der Generalkongregation.] Bei der Generalkongregation des Agramer Komitats wurde Kubans Antrag, die landesfürstlichen Steuern durch Municipalbeamte einzuhaben, verworfen. Das Anfinnen, mit den Militärbehörden deutsch zu korrespondiren, rief folgende Beschlüsse hervor: Deshalb beim Statthaltereith zu remonstriren; dies allen Municipien mitzuheilen und allen Komitatsbeamten streng aufzutragen, sich bei jeder amtlichen Korrespondenz bloß der kroatischen Sprache zu bedienen. — Die Generalkongregationen des Agramer und Kreuzer Komitats haben die Vornahme der Rekrutierung unter Bewahrung angeordnet und beschlossen, eine Repräsentation an Se. Majestät wegen baldiger Einberufung des Landtages zur Lösung dieser und der übrigen staatsrechtlichen Fragen zu unterbreiten. In

gleicher Weise haben auch die Stadtrepräsentanzen von Esseg, Flume und Kopreinitz Einleitungen zur Rekrutierung getroffen. welche letztere Auffassung nicht nur bloß theoretische geblieben sein soll. Sie sind der Ansicht, daß die Bibel in ihrer jetzigen Verfaßung von den „heiligen halben Teufeln“ herröhre, und sie fühlen sich berufen, an der heiligen Schrift das Teufliche vom Erdischen zu scheiden. Diese kritischen Versuche sollen auch bereits an dem Pentateuch in Anwendung, das Ergebnis derselben aber hauptsächlich deshalb nicht zur Kenntnis weiterer Kreise gelommen sein, weil der Druck ihnen zu kostspielig ist. Die zuständige Verwaltungs-Unterbehörde in Chemnitz hat seiner Zeit öffentlich vor den heiligen Männern gewarnt; ob weitere Schritte gegen sie gethan worden, ist nicht bekannt. (A. P. 3.)

**Württemberg.** Stuttgart, 27. Novbr. [Aus der Abgeordnetenkammer.] Gestern endlich wurde nach 10 Sitzungen die Berathung über das Kirchengesetz von der Abgeordnetenkammer geschlossen mit Annahme der fünf letzten Artikel. Dieselben wurden mit Ausnahme einer kleinen Abänderung im Art. 19 nach der Fassung des Regierungsentwurfs angenommen. Sie lauten: Art. 19. Die Verwaltung der vakanten Pfarrämtern und des aus den Erträgnissen von solchen gebildeten Interlatatsfonds steht unter der gemeinsamen Leitung, diejenige der besetzten Pfarrämtern unter der gemeinsamen Aufsicht des Staates und der Kirche. Von den Verwaltern anderen, den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmeten Vermögens kann die Staatsregierung, so weit ihr nicht weiterreichende Befugnisse in Beziehung auf dasselbe zukommen, über die Erhaltung des Grundstocks und stiftungsmäßige Verwendung seiner Erträgnisse Nachweis verlangen. Art. 20. Der Verkehr mit den kirchlichen Oberen wird von Staatswegen nicht gebündert. Art. 21. Ein unmittelbarer Verkehr mit den königlichen Behörden steht dem Bischof in der Weise zu, daß er keine Befehle oder Weisungen an sie erläßt. Art. 22. Alle mit Vorstehendem nicht vereinbaren Bestimmungen früherer Gesetze und Verordnungen treten mit der Bekanntmachung des gegenwärtigen Gesetzes außer Kraft. Art. 23. Der unter dem 8. April 1857 mit der römischen Kurie abgeschlossenen und durch Verordnung vom 21. Dez. 1857 bekannt gemachten Nebeneinkunftsvertrag über die nähere Regelung des Verhältnisses der katholischen Kirche im Lande zur Staatsgewalt kommt eine rechtlich verbindende Kraft nicht zu. Unsere Ministerien der Justiz und des Kirchen- und Schulwesens sind mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben Stuttgart 2c. Art. 19 hatte Probst ganz streichen wollen, das wollte einen anderen Artikel substituieren. Beide fielen mit ihren Anträgen durch. Der zweite Absatz jenes Artikels schien der Kommissionsmehrheit entbehbar zu sein, wogegen Hölder großen Werth darauf legte, der einen Zulass aufgenommen wissen wollte, wonach auch jede Erwerbung kirchlichen Vermögens der Genehmigung des Staates unterliegen sollte. Dieser Zulass erhielt aber nur 35 gegen 43 Stimmen. Bei Art. 21 war ein Antrag auf Streichung gestellt, weil er überflüssig sei, nur eine Anstandsregel enthalte, weil er sich davon auszugeben scheint, daß der Bischof keine Befehle an königliche Behörden erlassen dürfe. Für Streichung des Artikels waren aber nur 38 gegen 44 Stimmen. Bei Art. 22 erhob sich eine allgemeine Debatte über das ganze Gesetz, wobei man protestantischer und katholischerseits noch einmal das Herz ausschüttete. Art. 23 über Ungültigkeit des Konkordats erhielt in der Fassung der Regierung 67 gegen 15 Stimmen. Die Endabstimmung über das ganze Gesetz wird heute stattfinden, an welchem Tage u. A. auch die Bitte evangelischer Geistlicher um Gewährung der verfaßungsmäßigen Autonomie für die evangelische Kirche vorkommen wird. Der Antrag der staatsrechtlichen Kommission über diese Petition (einstimmig mit Ausnahme von Probst's Stimme, das abwesend) lautet: „Die hohe Kammer wolle beschließen, in der Erwagung, daß die königl. Staatsregierung nicht säumen wird, der evangelisch-lutherischen Kirche nach Einführung der Synodalverfaßung die nach §. 71 der Verfaßungsurkunde garantirte Autonomie in demselben Maße, wie der katholische Kirche, durch Hinwegräumung der staatlichen Hindernisse derselben zu gewähren, über die Bitte des Komité's der Elzlinger Versammlung zur Tagesordnung überzugehen.“

**Braunschweig.** 28. Novbr. [Der Staatsminister v. Geyso] ist in vergangener Nacht gestorben. Das Land erleidet durch diesen Todesfall einen schweren Verlust.

**Mannheim.** Wiesbaden, 28. Novbr. [Inkompetenzklärung.] Der Verleger der „Rhein-Lahn-Zeitung“ hat wegen Entziehung der Konzession zur Herausgabe der Zeitung auch den Schutz der Gerichte in Anspruch genommen. Die desfallsige Entscheidung in zweiter Instanz lautet, nach der „Mittelb. 3“: daß der Rekurs ungegründet gefunden worden sei, da, wenn auch der Bundesbeschuß vom 6. Juli 1854, welcher nur „allgemeine Normen zur Verhinderung des Missbrauchs der Presse“ aufstelle, durch das Edikt vom 9. Juni 1860 in Bezug auf die Unterfazierung des Betriebs konzessionsbedürftiger Gewerbe modifiziert worden ist, doch nach dem §. 5 dieses Gesetzes gegen den Beschuß einer Verwaltungsbührde, durch welchen dem Inhaber eines konzessionsbedürftigen Gewerbes, wozu der Verlag und Verlauf einer Zeitung nach demselben §. 5 offenbar gehört, der Betrieb dieses Gewerbes untersagt und der Rekurs nur an die Landesregierung und das Staatsministerium offen stehe, so daß den Gerichten die Kognition darüber, ob ein derartiger Beschuß gerechtfertigt ist oder nicht, entzogen sei, woran auch der §. 9 dieses Gesetzes nichts ändere, da derselbe den Gerichten die Anerkennung des Rechts zum Gewerbsbetrieb ausdrücklich nur unbeschadet der obigen Vorchrift im §. 5 des Gesetzes übertragen, es sich an dieser Stelle mitthin offenbar nur um das Recht zum Betrieb von Gewerben handele, welche keiner Konzession bedürfen.

### Großbritannien und Irland.

London, 26. Nov. [Das Ereignis von Port-Royal in Amerika] ist noch Hauptgespräch des Tages. „Morning Post“ und „Daily News“ wünschen der Bundesregierung Glück zu dem errungenen Vortheil. Der „Morning Advertiser“ fürchtet, der Norddeutzen habe einen unfruchtbaren Sieg erfochten. Der „Morning Herald“ hält die Landung in Port Royal und die Einnahme von Beaufort für ein ganz verfehltes Unternehmen. „Wenn die Flotte“, sagt letzteres Blatt, „ihre Operationen darauf befrankt hätte, die ihrem Feuer ausgesetzten Küstenstädte nach einander zu belästigen, zu bombardieren und zu vernichten, so hätte sie nichts Zweckmäßiges unternehmen können, denn nichts wäre so gut berechnet, den Süden zu erschöpfen, kriegsmüde zu machen, und zur Bitte um Frieden zu zwingen. Charleston und New Orleans sind die zweit-

wichtigsten Plätze auf der Südküste; die nächstwichtigsten sind Mobile, Savannah und Pensacola. Seltsam genug ist keine der beiden nördlichen Expeditionen gegen einen einzigen dieser hochwichtigen Punkte gerichtet gewesen. Die erste zerstörte ein kleines Fort aus einer schmalen Landzunge an der Küste von Nordkarolina. Die zweite ging an Charleston vorbei, ohne einen Schuß gegen die Forts Sumter und Moultrie zu wagen, und bombardirte am Eingange von Port Royal zwei kleine Forts, die zusammen, wie es scheint, nicht mehr als 43 Kanonen haben. Die Forts wurden genommen, aber ihre Vertheidiger nicht gefangen. Es mag nun ganz recht und zweckmäßig sein, Befestigungen, wie die von Hatteras und Port Royal zu zerstören, aber so kleine Angriffe auf Vorposten sind kaum als würdige Resultate so großartiger und kostspieliger Expeditionen anzusehen. Doch der Hauptfehler der nordstaatlichen Befehlshaber scheint uns in dem Wahn zu liegen, daß sie durch Besetzung einiger vereinzelter Punkte des feindlichen Gebiets eine Division bewerkstelligen können. Die Hatterastation muß, wie man vernimmt, vor Winteranbruch geräumt werden. Und nun sind 15,000 Mann auf dem elendesten, pestilenzialistischen Fleck von ganz Südkarolina gelagert worden. Port Royal ist ungefähr 50 englische Meilen von Charleston und 30 von Savannah. Diese zwei wichtigen Orte sind durch eine Eisenbahn verbunden, die den ovalen Landstrich, dessen Mittelpunkt die Föderalisten besetzt haben, vom übrigen Festlande abschneidet. Jenes Mittelpunkt bildet die Stadt Beaufort, die auf einer Art Insel gelegen ist, welche im Norden vom St. Helen's Sund, im Südwesten vom Broad River begrenzt und, Dank einem Wasserweg, von dem es durchschnitten wird, ein großer Sumpf ist. Der Broad River ist nicht tief genug für große Fahrzeuge, und der leichte Sund trägt nichts Schwereres als ein Kanonenboot. Jenseits der Eisenbahnlinie stehen 150,000 Mann Föderalisten unter Beauregard, und die 15,000 Föderalisten (Unionisten) stecken also in einem Sumpf, wo der Feind sie, da ihre Flotte eine unvollkommene Deckung ist, mit Vorheil angreifen oder im Winter dem Frost, im Frühjahr dem Fieber als sichere Beute überlassen kann. Die einzige denkbare Entschuldigung dieser Taktik wäre, daß es im Plan des Kommandanten liegt, auf Charleston zu marschieren, und diese Stadt zu Wasser und zu Lande anzugreifen. Um dies mit einiger Aussicht auf Erfolg zu thun, müßte der Norden unverweilt noch eine Expedition und eine Flotte von Transportschiffen mit 100,000 Mann absenden. Die "Morning Post" glaubt nicht, daß die Expedition zu militärischen Zwecken unternommen wurde. Es handelt sich darum, den europäischen Nationen einen Einmischungsvorwand zu nehmen, und zunächst wahrscheinlich auch, der Baumwollennoth der nördlichen Staaten abzuhelfen. Es ist gewiß, heißt es in dem Artikel der "Post", daß es im Süden nicht an Baumwollensetzer fehlt, die ihre Baumwolle nach Europa ausführen möchten, sonst würde sich nicht dann und wann ein Baumwollenschiff durch die Blotade schleichen. Unlangt entslippte ein Dampfer mit 2000 Ballen dem blokirenden Geschwader in Savannah. Wenn dies am Savannah vorfallen kann, einem Strom, der zwei in ihrem Widerstande gegen die Bundesregierung so heftig leidenschaftliche Staaten wie Georgia und Südkarolina trennt, so werden sich solche Exporteure noch auf dem von der Port-Royal-Mündung beseiteten Gebiete finden, zumal wo sie ohne Wagnis, unter dem Schutz der Bundesflagge ausführen können. Die Südstaaten haben die Ausfuhr verboten. Aber wenn sie wahnehmen sollten, daß der Norden und die europäischen Länder sich eine genügende Quantität Baumwolle entnehmen durch die Mischung ihrer eigenen Bürger oder durch den Anbau der ostkürtischen Inseln verschaffen können, so würde ihre Verbotsmaßregel ihren Zweck verloren haben. Die Frage, ob der Norden nicht selbst auf den südlichen Inseln Baumwolle bauen und von dort ausführen könnte, ist von unendlicher Wichtigkeit. Die Quantität wäre zwar beschränkt, aber doch nicht unerheblich. Erstens wächst auf solchen Inseln, wie die von Port-Royal, die schönste Baumwolle, die nach England kommt. Die See-Insel-Baumwolle, die den langen Stapel hat, baut man vorzugsweise auf den sandigen Inseln, an den sandigen Küsten der beiden Karolina's. Da die Bundesregierung der See fast unbefriedbar Herrin ist, so würde wahrscheinlich eine kleine Flotten- und Truppenmacht auf jeder der anzubauenden Inseln die Pflanzung vor jedem Angriff löschen. Arbeitskraft würde sich übergenug finden, denn gleich nach der Einnahme von Beaufort sind Massen von Negern ins Unionslager gekommen, und diese Schwarzen werden freie Arbeiter werden. Es versteht sich von selbst, daß der Norden, wenn man die Dinge von diesem Gesichtspunkte ansieht, einen großen politischen und kommerziellen Vorheil errungen hat." — "Daily News" freut sich vor Allem, sagen zu können, daß eine demokratische Regierung nicht so ganz unbesiegbar sei, einen großen Krieg zu führen, wie die englischen Konservativen gepredigt hätten. Die Landung in Port-Royal könnte sich nicht nur mit der in der Krim messen, sondern sei mit Überwindung noch größerer Schwierigkeiten bewerkstelligt worden, da während der Operation ein Seesturm gewütet und die Kommandeure und Offiziere unvergleichlich weniger Übung und Erfahrung hätten, als die lange und wohlgedrillten Heere und Flotten Englands und Frankreichs. Was die Resultate betreffe, so habe der Norden bis jetzt unter dem bedeutenden Nachtheil gelitten, daß er für seine zahlreiche den Süden blokirende Flotte keinen sicheren Hafen hatte. Diesem Mangel sei nun abgeholfen. "Daily News" ist ferner der Meinung, daß der Sieg von Port-Royal einen Angriff auf Charleston und Savannah zur Folge haben werde.

— [Tagesnotizen.] Der Ausschuss der Polenfreunde hat für nächsten Freitag ein Meeting berufen, um den Sympathien für die jetzt mit solcher Strenge behandelten Polen Ausdruck zu geben. Den Vorsitz wird Lord Fermoy führen. — Ein Blatt in Manchester veröffentlicht einen Brief Cobdens an einen Freund, worin er diesem mittheilt, daß es mit seiner Gesundheit ganz leidlich stehe. Er müsse sich nur während der kalten Jahreszeit schützen, dann werde er schwerlich nötig haben, den Winter außerhalb Englands zuzubringen. — Das Gerücht, Dickens wolle in Finsbury als Unterhauskandidat auftreten, wird von ihm selbst in Abrede gestellt. Er denkt überhaupt an keine Parlamentskandidatur, weder in Finsbury noch anderswo. — Einige von den tüchtigsten Unteroffizierern und Gemeinen der in Chatham garnisonierten Ingenieurs sind der Grenzberichtigungskommission an der Donau zugethieilt worden. — Seit gestern Abend haben wir wieder sehr stürmisches Wetter. Auf der Südseite Londons hat der Sturm vergangene Nacht unter Dächern, Bäumen und Flusschiffen arge Verheerungen an-

gerichtet. Einige alte Häuser wurden umgeblasen und drei Schiffe bei Woolwich auf den Strand getrieben. Man ist auf Hochposten von der Küste gesetzt. — Für den durch L. Duncombe's Tod erledigten hauptstädtischen Wahlbezirk Finsbury ist noch immer kein Parlamentskandidat im Felde. Die Leute werden sich wohl durch die großen Kosten abschrecken lassen. Die "Times" meint, ein Bewerber um einen hauptstädtischen Parlamentsplatz dürfe seine Wahlausgaben kaum auf weniger als 5000 Pf. St. anstreben; 3000 Pf. sei das Allergeringste. — Heute starb hier im Alter von 86 Jahren die Gräfin Grey, Wittwe des verstorbenen Earl Grey, dem sie sechzehn Kinder gebaßt, und einzige Tochter des ersten Lords Ponsonby. — Bis jetzt hat man unter den Trümmern des neulich in Edinburgh eingestürzten Hauses 29 Leichen hervorgezogen.

— [Der "Nashville".] Was die Sache des "Nashville" betrifft, so ist der "Morning Advertiser" der Ansicht, daß das konföderierte Kaperschiff die Neutralität Englands verletzt habe und danach zu behandeln sei. Im streng buchstäblichen Sinn habe der "Nashville" keine Prise gebracht, aber sei er nicht mit Gefangenen in Ketten in englischem Gewässer und im Schatten der englischen Küste angelangt? Wenn dies nicht als Verstoß gegen den Geist und Sinn der königlichen Proklamation bestraft werde, so könnte nicht nur der Kanal sammt der englischen Küste zum Kriegsschauplatz, sondern England auch zum Aufnahmeplatz aller von beiden Theilen aufgebrachten Gefangenen werden. Jetzt, wo die nordstaatliche Flotte einen südlichen Hafen erschlossen habe, könnte eine Anzahl Baumwollenschiffe frei werden, und gesetzt, daß diese Schiffe mit ihrer vielbegehrten Fracht unter der Unionflagge nach England segelten, sollte es dem ersten besten konföderierten Kaper freistehen, wenn er diese Schiffe am Eingang im englischen Kanal einholte, sie sammt Ladung zu verbrennen und nach Liverpool oder Southampton, anstatt der sehnlich erwarteten Fäser, die Schiffsmannschaften in Ketten zu bringen? „Unsere Stellung ist die von Neutralen“, fährt der "Advertiser" fort, „aber in amtlicher Beziehung stehen wir doch nur ausschließlich zur Regierung der Vereinigten Staaten. Hüten wir uns also vor einer befördern Begünstigung derjenigen, welche die Union zerstören wollen, um die Sklaverei weiter auszuweiten. Wenn die republikanische Partei im Norden nicht geradezu abolitionistisch austritt, so ist sie doch entschieden gegen Sklaverei-Ausbreitung; und davon abgesehen, haben jetzt in Folge des Krieges schon Tausende von Sklaven die Freiheit erlangt.“

London, 27. Novbr. [Die "Times" über Italien.] Die "Times" schreibt heute über das italienische Parlament: „Wenn wir auf das zurückblicken, was es schon gethan hat, so können wir ihm seinen Anspruch, sowohl zu den nüchternen, wie zu den gutmütigsten Versammlungen in der Welt gerechnet zu werden, nicht versagen. Wenn es uns auch nicht gerade an den römischen Senat erinnert, so ist es höchst wahrscheinlich doch etwas viel Besseres, wenigstens da, wo es gilt, Zwielicht zu verjöhnen, gereiste Stimmen zu befästigen und die Leute beständig zu lehren, daß sie warten, ausharren und sich im Baume halten. Das piemontesische Parlament und das italienische Parlament, in welchem das piemontesische aufgegangen ist, haben stets die Stellung eingenommen und behauptet, zu welcher die Verfassung sie berechtigt, nämlich die Stellung, daß sie die Hauptkörperschaft des Senates sind, der Reichshof, von welchem es der Sache nach keine Berufung giebt. Während aber diese Stellung fest behauptet ward, sind niemals solche hohen Privilegien mit größerer Mäßigung ausgeübt worden.“

Über die Verhaftung der beiden amerikanischen Sonderbündlerischen Kommissare berichtet das Reutersche Bureau: Das englische Paketboot "Trent" hielt, als es in der Bahamastraße dem Kriegsschiff, "San Jacinto" begegnete, seine Flagge auf. Die Kanonen des "San Jacinto" feuerten sofort auf den "Trent" und hielten dabei die amerikanische Flagge auf. Der Kapitän des "Trent" verlangte Aufklärungen über dieses gewaltthätige Verfahren. Als Antwort darauf begaben sich zwei von zehn Mann begleitete Offiziere an Bord des Paketbootes und verlangten Einsicht in die Passagierliste. Sie erhielten eine abschlägige Antwort. Auch das Anfragen, die Kommissare auszuliefern, ward peremptorisch zurückgewiesen. Der an Bord geschickte amerikanische Lieutenant signalisierte hierauf, und in Folge davon entstande der "San Jacinto" dreihundert Marinesoldaten und sechzig Matrosen. Der Befehlshaber des englischen Paketbootes, Herr Williams, protestierte lebhaft, indem er sagte: „Ich bin auf diesem Schiffe der Vertreter der britischen Regierung und erkläre in deren Namen diesen Akt als gelegwidrig, als eine Verlegung des Völkerrechts und als gräßliche Seerauberei, die ihr nicht wagen würdet, wenn wir Vertheidigungsmittel beläßen.“ Es erschienen sodann andere Personen mit blankem Schwerte auf dem Dampfer und verhafteten die Kommissare, welche mit Gewalt abgeführt wurden. Die Depeschen fielen nicht in die Hände der Unionisten, sondern sind in England angekommen.

London, 28. Nov. [Teleg.] Die "Times" und andere der bedeutendsten hiesigen Blätter suchen den allgemeinen Unwillen in Betreff der an Bord des englischen Schiffes "Trent" vorgenommenen Verhaftung der beiden amerikanischen Sonderbündlerischen Kommissare zu beschwichtigen und raten, vorerst die Kronjuristen anzu hören. (S. unten.)

London, 29. Novbr. [Teleg.] Die heutige "Morning Post" sagt offiziell: Die Kronjuristen haben entschieden, daß die Verhaftung der Sonderbündlerischen Kommissare eine Verlegung des Völkerrechts und eine Beleidigung für England sei. Die Regierung werde Genugthuung, offizielle Desavouirung, Freilassung der Gefangenen, Entschuldigung und Schadenerlass fordern. "Morning Post" fährt fort: Unsere maritimen Streitkräfte in den amerikanischen Gewässern belaufen sich auf 1000 Kanonen, wir könnten die amerikanischen Schiffe aus den Meeren verschwinden lassen, die Nordhäfen blockieren und dem gegenwärtigen Kriege ein Ende machen. — Aus New York vom 15. d. wird als Gerücht gemeldet,

dass die Unionisten nicht Beaufort, sondern nur die Insel Hilton besetzt haben. Oberst Cochrane hat in einer zu Washington gehaltenen Rede die Bewaffnung der Sklaven gegen ihre Herren gefordert; nach einem Gerüchte wäre der Kriegsminister derselben Ansicht. Der Steamer "Jacinto" ist mit den verhafteten Sonderbündlerkommissaren Mason und Slidell in Monroe eingetroffen.

### Frankreich.

Paris, 27. Nov. [Tagesbericht.] Die telegraphische Meldung von der Gefangennahme der südstaatlichen Kommissare am Bord eines englischen Packetbootes durch ein Kriegsschiff der Union hat heute alle anderen Angelegenheiten momentan in den Hintergrund gedrängt. Das ungewöhnliche Fallen der Konsole deutet darauf hin, daß man diesen Vorfall in London noch erster aufnimmt, als hier, obgleich auch die hiesige Börse dadurch den letzten Rückstand ihrer Drehkreuzbegeisterung einbüßt. Man glaubte, daß es zu einem förmlichen Brüche zwischen England und den Nordstaaten kommen könne, infsofern diese Angelegenheit nicht durch eine schnelle und glänzende Genugthuung erledigt wird. — Gestern war wieder Ministerrath und es ging lebhafter her, als je. Die Entwaffnungsfrage erregte so stürmische Debatten, daß man, ohne sich auch nur annähernd verständigen zu können, sich in ziemlich aufgeregter Stimmung trennte. Persigny, Thouvenel und Balewski sollen, wie es heißt, auf dem Punkte stehen, aus dem Kabinette zurückzutreten. (S. unsere geschr. □ Korr. Die Red.) Der Kaiser selbst ist gegen die „Entwaffnung“, richtiger ausgedrückt gegen eine umfassende Reduktion des Effektivbestandes und gegen eine Einstellung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Das Kriegsministerium hat, in höherem Auftrage, durch ein Rundschreiben versucht, daß alle Arbeiten in den Kanonengießereien, den Werkstätten und den Arsenalen ganz in derselben Weise, wie bisher, fortzubetreiben seien. — Auch die Dappenthal-Angelegenheit, die seit der Ernennung Houlds etwas in den Hintergrund gedrängt worden war, tritt wieder hervor. Der Präfekt des Air-Departements hat die nachgesuchte Erlaubnis erhalten, eine ganz besondere strenge Ansicht über die nach Frankreich herüberkommenden schweizer Journalale auszuüben. Nach dem "Pays" soll übrigens eine beide Theile befriedigende Lösung in naher Aussicht stehen. — Die Subskription für ein dem Kaiser in der Börse aufgestellendes Denkmal soll nicht den besten Fortgang nehmen. Es hätten sogar drei oder vier Wechselagenten ihre Beiträge verweigert. — Der "Courrier du Dimanche" wurde in Avignon mit Beschlag belegt wegen einer für den Bürgermeister derselbst persönlich sehr unangenehmen Chronik. — Vorgestern fand im großen Saale der Sorbonne die Vertheilung der Preise pro 1860 an die wissenschaftlichen Vereine Frankreichs statt. Der Unterrichtsminister hob in einer (vom "Moniteur" veröffentlichten) Rede die Verdienste des Comité's der historischen Arbeiten, sowie der wissenschaftlichen Vereine hervor, welche er „die Ehre, die Bewegung und das Leben unserer Provinzen“ nannte. — Eine Kommission ist beauftragt, eine Revision des Handelsgesetzbuches in Betreff der Falten und der Associationsgesetze vorzunehmen, so wie einen Gesetzentwurf über Beseitigung der Määrerprivilegien und anderer Tagesfragen vorzulegen. — Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat eine Verfügung erlassen, um den vielfachen Reklamationen gegen die Eisenbahngesellschaften wegen der geringen Schnelligkeit und der mangelnden Bequemlichkeit der Reisen gerecht zu werden. Es wird eine eigene Kommission ernannt, welche sich mit der Prüfung einer Anzahl von Fragen zu beschäftigen hat, namentlich mit dem wohlfeilern Bau und Betrieb der Bahnen, mit der den Zügen zu gebenden Schnelligkeit, mit der Bahnhofspolizei, dem Frachtwezen etc. Mitglieder dieser Kommission sind u. A. die Herren Michel Chevalier, de Franqueville und Talabot. — Der bekannte Baron Eckstein ist dieser Tage in hohem Alter im Pflegehause von St. Jean de Dieu, wohin er sich zurückgezogen hatte, gestorben. Der "Ami de la Religion" widmet ihm einen kurzen, aber sehr warmen Nachruf. — Das "Pays" enthält folgende Mittheilung: „Wenn wir unseren Privatscorrespondenzen aus Berlin Glauben schenken dürfen, so haben die Unterhandlungen in Betreff des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Preußen nicht mehr die geringste Aussicht, ein günstiges Resultat zu liefern. Man behauptet, daß Hr. de Clerq auf dem Punkte steht, Berlin zu verlassen, indem er die Überzeugung mit sich nimmt, daß die von dem größten Theile der Zollvereinstaaten erhobenen Schwierigkeiten unüberwindbar sind. Wir theilen diese Nachricht unter allem Vorbehalt mit, obgleich sie uns aus gut unterrichteter Quelle kommt. Diese Affaire hat übrigens schon so viele Phasen durchgemacht, daß wir nicht erstaunt sein würden, wenn wir dieser Tage vernähmen, daß die Unterhandlungen mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen worden sind.“ (S. ob. unsre Berliner Korrespondenzen. D. Red.)

### Belgien.

Brüssel, 27. Novbr. [Projekte mit Mexiko.] Der "A. Z." wird von hier geschrieben: Aus verbürgter Quelle erhalte ich einige Mittheilungen, welche beweisen, daß Frankreich ernstlich bemüht ist, sich mit den europäischen Mächten und insbesondere mit Preußen gut zu stellen. Bekanntlich enthält der zwischen Frankreich, England und Spanien in Bezug auf die mexikanische Expedition abgeschlossene Vertrag unter Anderem die Bestimmung, die drei Mächte wollen den Mexikanern die Festsetzung ihrer politischen Einrichtung überlassen. Nichtsdestoweniger glaubt man in Paris und Madrid, daß die Mexikaner, der vielen Militärrevolutionen müde, sich gern zu einer Monarchie konstituieren und daß die Beziehungen dem Einfluß der europäischen Mächte einen großen Spielraum eröffnen werden. Spanien wird für den Fall, daß eine solche Wendung eintritt, den Infant Don Sebastian einen Sohn erster Ehe der zweiten Frau von Don Carlos, empfehlen, während Frankreich für den Erzherzog Maximilian das Wort zu führen gedenkt. Ich glaube zu wissen, und die Sache ist übrigens selbstredend, daß Frankreich sich in dieser Beziehung der Einwilligung von Preußen vorerst versichert hat. Natürlich wird man jetzt, wo die Dinge noch in so weiter Ferne liegen, die Existenz eines solchen Projektes in Abrede stellen, aber ich darf verbürgen, daß dasselbe existirt. General Prim, der eine Mexicanerin zur Frau hat, mag mit Hoffnungen an die Expedition gegangen sein, welche durch diese Kombination zu nichts gemacht werden dürften, so wie andere, welche sich an den Zug von Mexiko knüpfen mögen. Der Herzog von Grammont hat die Sendung, den Kaiser Franz Joseph von der Aufrichtigkeit der französischen Sympathie für Preußen zu überzeugen, und es ist offenbar, daß man in Paris den Gedanken, daß

Wiener Kabinet für eine Versöhnung mit Italien zu gewinnen, nicht aufgegeben hat.

### Italien.

Turin, 25. Nov. [Die Vertagung des Parlaments; Galdini; Rom.] Die unerwartete Unterbrechung der kaum eröffneten Session findet in der Presse vielfachen Tadel, zumal der offiziell angegebene Grund allerdings wenig stichhaltig ist. Wenn man nämlich sagt, es bedürfe noch bedeutender Vorarbeiten in den Bureaux, ehe man die ministeriellen Gesetzesvorschläge vor die Kammer bringen könne, so mag das seine Richtigkeit haben; aber die römische Frage und die neapolitanische Sache bilden nicht den Gegenstand von Gesetzesvorschlägen und bedürfen um so weniger langer Vorberatungen, als das Kabinet eine möglichst oberflächliche Beurtheilung der 12 Garantieartikel wünscht und das Parlament auch wohl diesem Wunsche nachkommen wird. Der wahre Grund der Vertagung ist daher wohl ein anderer, als der Mangel an Stoff zur Verhandlung. Man will vielmehr wahrscheinlich die Ankunft der sizilianischen Deputirten und der noch zögernden Neapolitaner erwarten, damit die ganze Sache mit einem Male abgethan und zugleich diesen Abgeordneten keine Urlaube zur Klage gegeben werde, als habe man absichtlich die sie zunächst betreffende Angelegenheit vor ihrer Ankunft abgemacht. — Galdini ist zwar nach Bologna abgereist, um das Kommando des 4. Armeekorps wieder zu übernehmen, doch kann man ihn trotz der stattgefundenen Ausgleichung des offenen Konfliktes noch lange nicht als einen Freund des Ministeriums anssehen. Es heißt sogar, er werde bei Gelegenheit der neapolitanischen Interpellation eigens aus Bologna herüberkommen, um sich den Reihen der Opposition anzuschließen. Er hat mit Nicasoli selbst keine Zusammenkunft gehabt, sondern sich vorzüglich durch den König selbst und den Kriegsminister umstimmen lassen, während auch Ratazzi und Varini einen nicht geringen Einfluss auf den Entschluß des Generals ausgeübt haben. — Die Oppositionsblätter ereifern sich immer mehr über die Größe der Konzessionen, welche Nicasoli dem Papste hatte machen wollen. Namentlich zeichnet sich die „Gazzetta del Popolo“ durch eine starke Sprache aus. (N. 3.)

Turin, 28. Nov. [Teleg.] Heute wurde das Projekt, Truppen zeitweise in Klöster einzukwartieren, dem Senate vorgelegt und die Dringlichkeit dadurch motiviert, daß man in nächster Zeit 93,000 Rekruten einzukwartieren müsse. — Nicasoli erklärte, daß die Beziehungen zu Frankreich herzlich seien. Die Nachrichten über das Brigantenwesen seien übertrieben. Es sei nicht wahr, daß die Engländer Tarent besetzt hätten.

### Rußland und Polen.

Warschau, 26. Nov. [Verhaftung; Wielopolski; Gerücht.] Schon glaubte man ein Ende der Verhaftungen erreicht zu haben, als vorgestern Nachts wieder der Sekretär des jüdischen Gemeindebüros, Herr Rothwand, und noch einige junge Leute jüdischen Glaubens verhaftet wurden. Herr Rothwand funktionirt bereits seit einer Reihe von Jahren bei der hiesigen jüdischen Gemeinde und ist ein allgemein beliebter und geachteter Mann. Schon vor einigen Wochen war bei ihm eine Haussuchung, die aber kein Resultat brachte. — Gestern ist der ältere Sohn des Marquis Wielopolski, Graf Sigismund Wielopolski, kaiserlicher Kammerherr, von Petersburg hier eingetroffen. Der Markgraf selbst soll erst gegen Neujahr zurückkehren. (Nach den neuesten telegraphischen Meldungen hat Wielopolski seine Entlassung erhalten. D. Red.) — Fortwährend erhält sich hier das Gerücht, daß von morgen an bis zum 1. Dezember der verschärzte Belagerungszustand eintreten soll, demzufolge Niemandem weder der Eintritt noch der Austritt aus Warschau erlaubt sein soll, und zwar wegen des 29. Nov. als Jahrestag der Revolution von 1831. Doch scheint dies unbegründet zu sein. (N. 3.)

### Dänemark.

Kopenhagen, 27. Nov. [Wahl.] Bei der heute stattgehabten Wahl eines Reichsrathsmitgliedes abseiten des Folkethings siegte Rosenørn mit 53 Stimmen gegen den Kandidaten der Bauernfreunde, Högsbro, der 44 Stimmen erhielt.

— [Das Landsting] hat in seiner heutigen Sitzung mit 23 gegen 21 Stimmen die Erlaubnis verweigert, die von dem Abgeordneten Frølund angekündigte Interpellation (Anfrage an die Regierung in Betreff der gegenwärtigen politischen Lage des Landes) vorzubringen.

### Türkei.

Scutari, 28. Nov. [Teleg.] Die Montenegriner haben gestern das Dorf Cestane angegriffen, Muriki am Scutarisee niedergebrannt und sich nach der Insel Egumile begeben. Die Türken haben aus Antivari und Scutari Hülfe dahin abgesandt.

### Afrika.

— [Der Thronwechsel in China.] Die „Peking Gazette“ vom 23. August bringt das Dekret des verstorbenen Kaisers, durch welches die Thronfolge auf seinen ältesten neunjährigen Sohn Tzai Tsch'un übertragen und für denselben eine Regentschaft von acht Mitgliedern, aus Verwandten des jungen Kaisers und hohen Staatsbeamten bestehend, angeordnet wird. Prinz Kung ist nicht darunter, ihm ist nur das Vorrecht bewilligt worden, von der Niederkunft vor den Füßen des Kaisers, außer bei feierlichen Gelegenheiten, dispensirt zu sein. In der „Peking Gazette“ vom 24. August folgt dann das Testament des verstorbenen Kaisers, eine Verfügung des jetzigen Kaisers, welche Kommissäre zur Bestattung seines Vaters abordnet und dessen Leibärzte ihrer Dekorationen beraubt, und ein Manifest, welches dem Volke nach einer Mitteilung der Krankheitsgeschichte des verstorbenen Kaisers verkündet, daß derselbe „auf dem Drachen aufwärts“ geeilt sei, um ein Gast im Himmel zu sein, und daß sein Nachfolger den Thron bestiegen habe. Durch das Manifest wird der Schluß der Regierung des verstorbenen Kaisers Hien Tung auf den 29. Januar 1862 angezeigt und verkündet, daß der neue Kaiser den Titel Kifang (Gut Glück) annehmen werde. Ueber die auswärtige Politik der neuen Regierung verlautet noch nichts, doch fehlt es nicht an Andeutungen, daß sie eine wohlwollende sein werde. Unter Anderem hat der britische Gesandte in Peking, Bruce, auf die Beschwerden über das Verhalten der chinesischen Zollbehörden die Antwort ertheilen können, daß die chinesische Regierung allen diesen Beschwerden abhelfen werde, und daß die gesetzwidrig zu viel bezahlten Zölle auf erfolgte Anmeldung bei dem Regierungs-Bankier werden zurückgestattet werden. Ein

anderes Zeichen wohlwollender Gesinnung der chinesischen Regierung ist darin zu finden, daß sie zwar das Verbot des Besuchs von Ausländern in Peking nicht direkt zurückgenommen hat, aber es unbehindert geschehen läßt, daß dieselben sich zahlreich in der Hauptstadt einfinden. Der Ausdehnung des Handelsverkehrs in China steht jetzt vor Allem die fortlaufende Rebellion im Wege, deren Ende nicht abzusehen ist, wenngleich die Rebellen in neuester Zeit keine Fortschritte gemacht haben. Es werden daher bereits Stimmen laufen, welche eine Intervention der fremden Mächte zu Gunsten der Wiederherstellung der kaiserlichen Gewalt als wünschenswerth bezeichnen.

th. — [Seidenmission.] Die Delhimission hat unter ihrer Pflege bereits über 500 Befehle, von denen die Hälfte allein während des vorigen Jahres aufgenommen wurde. Von den Kolis sind auf einer Station des Berliner Goßnerischen evangelischen Missionsvereins in diesem Jahre bis zum August 410 Personen getauft.

### Amerika.

Newyork, 15. Nov. [Die Einnahme von Port Royal; Vermischtes.] Ueber die Einnahme von Port Royal sind vorerst folgende Einzelheiten bekannt: Die Sonderbündler, die eine Landung an diesem Punkte vorausgeahnt hatten, waren darauf bedacht gewesen, bei Hiltons Head, gegenüber dem Landvorsprunge Batterien anzulegen. Die vorsprünglich der selben heißt Fort Walker und liegt tief am Ufer, theilweise durch Geträuch verdeckt. An sie schlossen sich mehrere kleinere Batterien, welche den Schiffen den Zugang bedeutend erschweren konnten. Das Fort Beauregard ist an und für sich stark, und nicht minder furchtbar waren die, gegenüber von Hilton Head, auf Bay Point angelegten Batterien. Hinter diesen Batterien, somit hinter der Einfahrt zu Port Royal, hatte sich das Geschwader von Commodore Tatnall, das sogenannte Mosquito-Geschwader, aufgestellt, welches aus kleinen Booten bestand, die nur mit leichten Kanonen bewaffnet waren. Beim Herannahen der aus 42 Fahrzeugen bestehenden Unionsflotte wurde allgemeine Bewegung in den Batterien bemerkbar. Die Flotte eröffnete ohne Verzug ihr Feuer gegen die Forts Walker und Beauregard und unbümmert um den Augelregen der Batterien sorgten einige der Schiffe sofort den Hafeneingang, worauf sie von den Landbatterien weiter nichts zu fürchten hatten. Auf diese Weise waren 15 Schiffe rasch nacheinander eingedrungen, ohne bedeutenden Schaden erlitten zu haben, und nun sah die Mosquitoflotte, welche einige Schüsse abgefeuert hatte, daß es hohe Zeit sei, sich aus dem Staube zu machen. Das bewerkstelligten sie mit mehr oder weniger Erfolg, wobei ihnen ihre Ortskenntniß natürlich sehr zu Statten kam. Von den Kanonenbooten der Angreifer soll eines in den Grund gebohrt worden sein, zwei andere wurden kampfunfähig gemacht, den Verlust der Sonderbündler kennt man nicht genau, sie selbst gestehen, daß sie im Fort Walker 20 Mann eingebüßt haben. Zwei französische Korvetten hatten sich der Expedition angeschlossen, ohne weiter mit ihr in Kommunikation zu stehen. Eine von diesen (Prony) war während des Sturmes gestrandet und von ihrem Kommandanten in die Luft gesprengt worden. — General McClellan hat sich mitbilligend über verschiedene kriegsgerichtliche Urtheile ausgesprochen, nachdem Soldaten, die auf ihrem Posten geschlagen oder sich anderer schwerer Disziplinarvergehen schuldig gemacht hatten, straflos ausgegangen waren. — Generalmajor Halleck hatte Fremonts Kommando im Militärdepartement des Westens faktisch übernommen, und General Buell aus Ohio kommandirt gegenwärtig in Kentucky an Shermans Stelle, der abgedankt hat. — Ein aus Hatteras im Fort Monroe angekommener Offizier berichtet, daß die Bundesstruppen sich dasselbst den Winter über kaum werden halten können. Schon seien sie durch Krankheiten stark mitgenommen worden. — Bei Picketown in Kentucky soll am 8. ein Kampf vor und zu Gunsten der Föderalisten ausgefallen sein. General Nelson kommandirte sie gegen General Williams, und tödete diesem 400 Mann, nahm ihm überdies 1000 Mann und mehrere Kanonen ab. Der Verlust der Föderalisten, so lautet ihr eigener Bericht, war unbedeutend, die Schlacht dauerte zwei Tage, die Generale Williams und Howes befinden sich unter den Gefangenen. — General Price soll noch 8 Meilen hinter Cassville zurückgegangen sein, offenbar, um den General Hunter weiter vom Mississippihale wegzulocken. — Chandot in Virginien war der Schauplatz eines blutigen Kampfes geworden. In der Nacht vom 9. wurde der Platz durch 600 Sonderbündler überfallen. Von 150 Mann Föderalisten, die dasselbst lagen, wurden 100 niedergemacht. Der Ueberfall soll durch einen Verrat der Einwohner geschehen sein; wirklich ließ General Ziegler später zur Strafe die Stadt niederbrennen. — Von Manassas fehlen neuere Nachrichten. Am 16. standen, wie es heißt, die Konföderirten mit ihrer Zentraldivision noch bei Centreville, während Beauregard sich beim Fairfaxdepot befand, um sich auf den erwarteten Angriff vorzubereiten. Seine Gesamtmärsche wurde auf 100,000 M. mit 200 Kanonen geschätzt und erwartete er noch Verstärkungen aus Richmond.

Rosario, 12. Oktober. [Zustände in Buenos Ayres.] Das hier ins Leben getretene Blatt „La Nueva Era“ feiert in seiner ersten Nummer den Sieg von Buenos Ayres als die Wiedergeburt, welche der 25. Mai 1810 eingeleitet habe, lobpreist den General Mitre als den Befreier des Landes, bezeichnet den General Urquiza und dessen wenige Genossen als die Urheber allen erlittenen Ungemachs und fordert die Einwohner von Corrientes, Cordoba, Tucuman, Salta und Jujuy auf, sich Santa Fé in dem Kampfe für die argentinische Freiheit anzuschließen. Zugleich publizirt das Blatt die von Mitre am 5. d. an die Bewohner von Santa Fé erlassene Proklamation, in welcher derselbe erklärt, daß er nur um die Ordnung herzustellen, in Santa Fé eingerückt sei und nicht gegen diese Provinz, sondern nur gegen das Föderal-Heer kämpfe, welche dieselbe zum Schlachtfelde ausersehen gehabt habe. — Die am 9. d. stattgehabte Übergabe von Rosario wurde durch einen Beschluß der Munizipalität eingeleitet, eine Deputation von sechs Personen, worunter der spanische Bizekonsul Don Joaquin Gillol und der niederländische und hamburgische Konsul Herr Georg Ruscheweyh sich befanden, an Mitre abzuordnen, um ihn von der friedlichen Haltung der Stadt Kunde zu geben und um Maßregeln zur Aufrethaltung der Ordnung und Ruhe zu ersuchen. General Mitre sandte noch an denselben Tage eine Erwiderung an die Munizipalität, in welcher er sagte: „Dem Gouverneur von Buenos Ayres ist die Stimmung außerordentlich erfreulich, in welcher sich die Einwohnerschaft dieser Stadt befindet, und er kann ihr die Sicherung geben, daß das Heer von Buenos Ayres, gemäß dem Verhalten, welches es bei sei-

nem Durchzug durch die Provinz Santa Fé beobachtet hat, weit entfernt, einen Anlaß zur Besorgniß zu geben, die beste Gewähr für die Ordnung sein wird, so wie es die festste Säule der Freiheit und der Grundsätze ist, welche ihm die Waffen in die Hand gegeben haben. Eintragende Proklamation (es ist die oben erwähnte Proklamation vom 5. Oktober) wird der Munizipalität darthun, welches die Regel des Verhaltens und welches die Zwecke sind, die das Heer von Buenos Ayres veranlassen, dieses Gebiet neuerdings zu betreten, und nichts würde ihm erfreulicher sein, als daß nach wiederherstelltem Frieden, dem Rosario sein Wohlthum verdankt, dasselbe unter seinem Schatten die mächtigen Elemente der Wohlfahrt entwickeln könnte, welche es in sich schließt, und seinen Fortschritt dabei auf die gegenseitigen Interessen der Völker begründe.“

### Locales und Provinzielles.

Posen, 29. Novbr. [Zur Abgeordnetenwahl.] Am Donnerstag Abend hat hier eine Versammlung deutscher Wahlmänner zu einer vertraulichen Befreiung stattgefunden, welche recht zahlreich besucht war. Da in unserer Stadt nach der neuen Wahlkreisverteilung nur 1 Abgeordneter zu wählen ist, so ward als solcher der Kaufmann G. Berger aufgestellt, der schon in der letzten verflossenen Legislaturperiode im Abgeordnetenhaus den diesleitigen Wahlkreis vertrat, und der sich um unsere Stadt überdies so manchfache Verdienste erworben hat. Der gemäßigten Fortschrittspartei angehörig, ein Ehrenmann in der vollsten Bedeutung des Worts, hat diese Kandidatur eine so allseitige Unterstützung gefunden, daß man ernstlich an seiner Wahl zum Vertreter unserer Stadt Seiten der deutschen Partei wohl nicht zweifeln kann, vorausgesetzt, daß die deutsche Partei ehrlich und redlich zusammenhält und nicht ein Theil Leichtgläubiger sich von politischen Parteiunterschieden beeinflussen oder gar durch Kompromißvorschläge bestören läßt, wie sie jetzt hier an den Mann zu bringen versucht werden. Eine gewisse Partei, die sogar schon einen Kompromißkandidaten in petto haben soll (der übrigens gewiß selber an dieser wenig schmeichelhaften Auszeichnung kaum sonderliches Vergnügen empfinden dürfte!), versendet nämlich jetzt an hiesige Wahlmänner per Stadtpost, natürlich anonym und unrankt, einen gedruckten Aufruhr, ohne Angabe des Verfassers oder Verlegers, an die „deutschen Bürger des Großherzogthums Posen“, der darauf hinausgeht, unter den Deutschen die Wahl Spaltung zu erregen, die hier länger Zeit Ansässigen gegen ihre jüngeren Mitbürger aufzuheben und namentlich die Erstere dahin zu vermögen, mit den Polen ein Kompromiß zu schließen und also einmal wieder die deutsche Nationalität schmälich zu verleugnen. Uns ist es unzweifelhaft, daß auch dieser Versuch an dem Patriotismus und an den Erfahrungen, welche die Deutschen, und besonders die ältere Generation derselben hier schon hat machen müssen, scheitern wird. Wir können nur für unsere deutschen Wahlmänner die schon so oft ausgesprochene Mahnung wiederholen: Seid einig!

R Posen, 30. Novbr. [Die allgemeine Volkszählung], welche übereinkunftsmäßig alle drei Jahre im ganzen preußischen Staate und allen zum deutschen Zollverein gehörigen Ländern veranstaltet wird, findet am nächsten Dienstag, d. 3. Dez. (und wenn es unumgänglich nötig ist, noch an den beiden folgenden Tagen), auch bei uns in Posen statt. Ueber die große Wichtigkeit der Statistik nicht nur als Wissenschaft, sondern gerade in dem Einfluß ihrer Resultate auf fast alle Verhältnisse des staatlichen, gewerblichen und gesellschaftlichen Lebens ist man heutzutage einig. Werden doch z. B. nach der Volkszahl der einzelnen Staaten die Einnahmen des Zollvereins vertheilt; gibt doch die Zahlung in ihrem Gesammtresultate ein anschauliches Bild von dem Steigen oder Fallen der Volkszahl und des Wohlstandes, von den Fort- oder Rückschritten, welche im Verkehr, Handel, Gewerbe, Ackerbau ic. gemacht wurden, und dadurch einen sicheren Anhalt für Gesetzgebung und Verwaltung der Staaten und selbst für die Thätigkeitsrichtung der Einzelnen. Das Vorurtheil, die Volkszählung diene den Zwecken der Besteuerung der Einzelnen, braucht wohl, wie so manches andere ähnliche, jetzt nicht mehr widerlegt zu werden. Daß die Arbeit für die mit derselben beauftragten Zähler eine recht schwierige sei, sagt sich jeder leicht selber. Allein sie kann ihnen (und das wird nicht ohne günstigen Einfluß auf die Erledigung des Geschäfts und seine Resultate bleiben) sehr erleichtert werden, wenn alle Hausbesitzer, Familienväter ic. die erforderlichen Angaben schon vorher soweit als möglich vorbereiten, vielleicht die einzelnen, ihrem Haushalte angehörige Personen vorher nach Namen und Vornamen, Alter, Stand und Religion aufzuschreiben. Von dem immer mehr wachsenden Verständnis wohlthätiger staatlicher Anordnungen, von dem verständigen Sinne unserer Einwohnerschaft überhaupt, läßt sich wohl erwarten, daß sie den beauftragten Zählern durch rasche, präzise und richtige Angaben die Arbeit im Interesse der guten Sache möglichst erleichtern und vereinfachen werden.

— [Festtagsverlegung.] Auf den 6. Dezember fällt der katholische Festtag des h. Nikolaus, der auch in unserer Provinz vielfach gefeiert wird. Um nun eine mögliche Kollision der kirchlichen und staatsbürgerlichen Pflichten zu beseitigen, hat der Erzbischof v. Przybuski, da auf den 6. Dez. die Wahlen zum Abgeordnetenhaus anstehen, nach eingeholter päpstlicher Genehmigung, wie die Gaz. poz. mittheilt, angeordnet, daß der genannte Festtag für dieses Jahr verlegt, und in den Kirchen der Erzdiözese Posen und Gnesen, wo dessen Feier herkömmlich, statt am 6., am 10. Dezbr. gefeiert werden soll.

— [Verurtheilung.] Schon wieder haben wir die Verurtheilung eines Geistlichen mitzutheilen. Der katholische Geistliche Franz Xaver Hübner in Xions hatte im April d. J. vom Altare aus eine Gedächtnisfeier für die im Jahre 1848 „gemordeten Brüder“ angekündigt. Wegen dieses Vergehens wider die öffentliche Ordnung unter Anklage gestellt, ist er jetzt zu einer Geldbuße von 200 Thalern oder 2 monatlicher Gefangenshaft verurtheilt worden.

— [Ueber die oben erwähnte Wahl.] Ueber die oben erwähnte Wahl geht uns nachträglich noch folgender spezieller Bericht zu: Zu der auf den 28. d. anberaumten Wahl waren von 126 eingeladenen deutschen Wahlmännern 107 im Saale der Handelsgesellschaft erschienen. Der Vorsitz wurde Herrn Justizrat Duschke übertragen. Die Tagesordnung wurde festgestellt wie folgt: 1) Vorschläge von Kandidaten zum Abgeordneten, 2) Entschließung darüber, ob sich die Minorität der Majorität nach Feststellung des Kandidaten an-

(Fortsetzung in der Beilage.)







